



Kreisverband Passau

Mitglied des Kreisvorstandes
Josef Ilsanker

Löwengrube 20

94032 Passau

Telefon: 0851-85165590

E-mail: josef-ilsanker@die-linke-passau.de

Bankverbindung

Sparkasse Passau

Konto-Nr. 30010078

BLZ: 740 500 00

DIE LINKE. Passau

Werner Kneuer, Schaldinger Str. 97, 94036 Passau

Betreff: Presseerklärung

Die Zahl der in Passau gegen Rechts öffentlich engagierten Bürger hat deutlich zugenommen. Dies zeigte sich bei einer großen Demonstration gegen einen Aufmarsch der Rechtsextremisten am 3. Januar 2009 in der Innenstadt. Diese Tatsache wurde vom Kreisverband Passau der Partei „Die Linke“ mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen. Durch das besonnene Verhalten der Polizei und Demonstranten, die unter dem Motto „Passau ist bunt“ den Nazis gegenübertraten, kam es bei den mehrstündigen Aktionen zu keinen Ausschreitungen. Im Kreisverband verbindet man damit die Hoffnung, dass sich bei künftigen Veranstaltungen gegen Neo-Faschisten noch mehr Passauerinnen und Passauer beteiligen.

Nach Auffassung des Kreisverbandes hätte es zu diesem Nazi-Aufmarsch in Passau erst gar nicht kommen müssen, wenn man das hohe Gewaltpotential sowie die letzten Vorkommnisse in Passau ausreichend für ein Verbot der Nazi-Demonstration berücksichtigt hätte. Das erst kürzlich von der Bayerischen Staatsregierung im Parlament durchgepackte Versammlungsgesetz hätte hinreichend Ablehnungsgründe geboten. Die Tatsache, dass die federführende NPD bis zum Beginn ihrer Demonstration nicht ausreichend Ordnung ohne Vorstrafen vorweisen konnte – wie es das Gesetz verlangt – hätte schon für eine Auflösung der rechten Demo ausgereicht. Man stellte sich die Frage, was mit diesem Gesetz eigentlich bezweckt werden soll, wenn es bei derart gravierenden Fällen nicht zur Anwendung kommt.

Mit Unverständnis reagierte man im Kreisverband auf den Umstand, dass den rechten Demonstranten ein beispiellos großer Zeit- und Aktionsraum eingeräumt wurde. Immerhin von morgens bis abends in der gesamten Innenstadt. Dies ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bürger und Geschäftsleute. Man ist der Meinung, dass das Rechtsgut einer ohnehin von Anfang an rechtlich fragwürdigen Demonstration nicht über fundamentale Bürgerinteressen gestellt werden dürfe. Das normale Leben in einer Stadt dürfe deswegen nicht, wie in Passau geschehen, zum Erliegen kommen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Kreisverband, sich noch stärker für eine Bündelung der demokratischen Kräfte in Passau einzusetzen. Das bedeute, dass über Parteigrenzen hinweg diskutiert werden muss, wie man dem Ansinnen rechter Umtriebe besser vorbereitet und wirkungsvoller begegnen kann.

Wie sich gezeigt habe, biete das neue Versammlungsgesetz keine Handhabe gegen rechte Aufmärsche und sollte deshalb zurückgenommen und durch einen neues, überparteilich erarbeitetes Gesetz ersetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Kreisvorstand die Linke Passau

